



Wir – für Bayern in Berlin

Zwischenbilanz der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

CSU
LANDESGRUPPE
IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Wir – für Bayern in Berlin

Zwischenbilanz der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

Vorwort



*liebe Leserinne,
liebe Leser,*

der Ansturm von Asylsuchenden ist unsere bislang größte Herausforderung in dieser Wahlperiode, ja wohl sogar seit der Wiedervereinigung. Wir nehmen diese Herausforderung an – und können stolz auf das bisher Geleistete sein.

Die Bewältigung der Flüchtlingsströme kann jedoch nicht allein von Bayern und Deutschland gelöst werden. Es ist eine globale Verantwortung, in der alle Europäer solidarisch zusammenarbeiten müssen. Wir müssen schnellstmöglich weitere begrenzende Maßnahmen treffen, um den Zustrom zu reduzieren.

Das, was wir heute leisten, was unsere Gesellschaft leistet, können wir deshalb leisten, weil wir stark sind. Stark durch unsere solide Haushalts- und Investitionspolitik, stark durch unsere Mitmenschlichkeit, stark durch eine hohe Stabilität unserer Gesellschaft.

Deutschland ist stark – auch dank unserer Politik: Die Zahl der Beschäftigten bewegt sich auf Rekordniveau. Die Wirtschaft wächst. Der Bund nimmt keine neuen Schulden auf.

Unsere Bilanz kann sich sehen lassen:

- Wir stehen für solide Finanzen. Wir sorgen für einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung.
- Wir machen eine wirtschaftsfreundliche Politik und investieren in die Zukunft. Wir stärken den Breitbandausbau, unsere Verkehrsinfrastruktur, Bildung und Forschung.
- Wir entlasten Familien und kümmern uns um eine generationenfreundliche Politik: Wir sorgen durch die Pflegereform für mehr Unterstützung bei Betroffenen und Angehörigen.
- Wir setzen die Energiewende bürgerfreundlich um und haben dafür gesorgt, die Versorgungssicherheit in Bayern zu gewährleisten.
- Wir bieten Schutz für Schutzbedürftige und haben das beschlossene Asylpaket maßgeblich geprägt. Wir sind ein verlässlicher Partner in der Außen- und Verteidigungspolitik.

Wir stärken Deutschland. Überzeugen Sie sich selbst bei der Lektüre dieser Zwischenbilanz. Die Handschrift der CSU-Landesgruppe ist klar erkennbar.

Wir tragen eine besondere Verantwortung für die Interessen der Menschen in Bayern und Deutschland. Wir werden uns auch weiter erfolgreich dafür einsetzen – für Bayern. In Berlin.



Gerda Hasselfeldt MdB

Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag



Inhalt

- 8 Wir sorgen für eine...
Wirtschaftsfreundliche Politik
- 20 Wir bieten...
Schutz für Schutzbedürftige
- 28 Wir stehen für...
Solide Finanzen
- 38 Wir sind ein...
Verlässlicher Partner in der
Außen- und Verteidigungspolitik
- 44 Wir kümmern uns um eine...
Generationenfreundliche Politik
- 52 Wir haben die ...
Energiewende im Blick



Wir sorgen für eine... Wirtschaftsfreundliche Politik

Die Arbeitslosenzahlen sind niedrig, der Export wächst, die Einkommen steigen. Die gute wirtschaftliche Lage kommt auch bei den Menschen und Unternehmen an. Wir sorgen dafür, dass Deutschland und vor allem Bayern attraktive Wirtschaftsstandorte bleiben.

Dafür ist es wichtig, Unternehmen nicht mit unnötiger Bürokratie zu belasten. Wir haben deshalb die Bürokratiebremse beschlossen: Für jede neue Regelung soll eine alte Regel weichen. Zudem werden zahlreiche steuerliche Vereinfachungen umgesetzt. So entlasten wir die Wirtschaft in Höhe von rund 500 Millionen Euro.

Wir sagen Ja zum Mindestlohn. Doch dieser soll praxistauglich gestaltet werden und darf kein Bürokratiemonster sein. Erste Verbesserungen haben wir erreicht. Dazu gehört beispielsweise eine Verringerung der Dokumentationspflicht. Wir sehen aber weiterhin Korrekturbedarf.

Uns ist es wichtig, auch die Gründerkultur in Deutschland zu fördern. Dazu haben wir Eckpunkte vorgelegt, mit denen wir Start-ups finanziell besser unterstützen wollen.



Digitalisierung 4.0 gestalten

Innovationen und Investitionen sind wesentliche Faktoren für Wettbewerb und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Die CSU-Landesgruppe steht für eine solide und erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land. Nur so kann der Wohlstand gesichert werden.

Ein Schlüsselanliegen ist für uns schnelles Internet für Stadt und Land. Mit der Digitalen Agenda verfolgen wir unter anderem das Ziel, bis 2018 flächendeckend eine Breitbandversorgung von 50 Mbit/s zu erreichen. Dazu haben wir ein Förderprogramm gestartet. Insgesamt werden 2,7 Milliarden Euro für die Versorgung mit leistungsfähigem Breitbandinternet zur Verfügung stehen.

Digitalisierung bringt viele Chancen, aber auch so manche Gefahr. Wir kümmern uns daher auch um die Sicherheit. Mit dem IT-Sicherheitsgesetz werden sogenannte kritische IT-Infrastrukturen besser geschützt. Dazu zählen Institutionen, die wichtig für das Gemeinwesen sind – wie zum Beispiel die Wasser- oder Stromversorgung.

Gegen die stetig steigende Cyberkriminalität und im Kampf gegen den internationalen Terrorismus haben wir zum Schutz der Bürger die Speicherung von Verbindungsdaten wieder eingeführt.

Salzburg
Rosenheim



In die Infrastruktur investieren

Für ein modernes Industrieland ist eine leistungsfähige Infrastruktur unerlässlich. Deshalb stellen wir für die dringend notwendigen Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur in dieser Legislaturperiode fünf Milliarden Euro zusätzlich bereit. Die Mittel für die Verkehrsinfrastruktur werden schrittweise um fast vier Milliarden Euro bis 2018 erhöht, auf dann über 14 Milliarden Euro. Wir modernisieren die Infrastruktur so stark wie nie seit der Wiedervereinigung.

Das CSU-geführte Bundesverkehrsministerium erhält aus dem Investitionspaket der Bundesregierung in den Jahren 2016 bis 2018 insgesamt 4,35 Milliarden Euro – unter anderem für Investitionen in Schienen, Straßen und Wasserstraßen.

Wir haben in dieser Legislaturperiode die Maut für Pkw beschlossen. Mit dieser Infrastrukturabgabe vollziehen wir einen echten Systemwechsel: von der Steuer- hin zur Nutzerfinanzierung der Infrastruktur. Das ist ein echter Meilenstein. So sichern wir die Zukunftsfähigkeit unserer Verkehrsnetze. Auch wenn die Europäische Kommission ein Verfahren eingeleitet hat, ist die Infrastrukturabgabe genau das, was die Kommission schon 2011 in ihrem Weißbuch gefordert hat.



Mehr Geld für Bildung und Forschung

Gute Bildung ist die Voraussetzung für die Innovationsfähigkeit eines Landes. Seit 2005 wurde der Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung auf über 15 Milliarden Euro verdoppelt. Und 2016 soll er nochmals um eine Milliarde Euro steigen.

Die BAföG-Kosten trägt der Bund inzwischen komplett. Das entlastet die Länder, die die freiwerdenden Gelder in die Bildung investieren sollen. Niemand soll aus finanziellen Gründen auf ein Studium verzichten müssen. Deshalb erhalten Schüler und Studenten mehr Geld: Der Bedarfssatz steigt ab Januar 2016 um sieben Prozent, außerdem werden der Wohngeldzuschlag erhöht und die Einkommensfreibeträge angehoben. So haben wesentlich mehr Schüler und Studenten die Möglichkeit, die Ausbildungsförderung zu erhalten.

Auch durch die Grundgesetzänderung von Artikel 91b fördern wir den Bildungsstandort Deutschland. Dadurch werden langfristige Kooperationen zwischen Bund und Ländern ermöglicht. Unser Ziel ist es, Weltklasse-Forschung an deutschen Universitäten international noch sichtbarer zu machen und ausgewählte Spitzenzentren ganz nach vorn zu bringen.

Parallel stärken wir die berufliche Fortbildung – mit zahlreichen Verbesserungen beim Meister-BAföG. Damit setzen wir uns konsequent für die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Bildungswege ein.



Den Wohnungsbau gestärkt

In vielen Regionen ist es für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen kaum noch möglich, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Durch den Zustrom von Flüchtlingen verschärft sich diese Situation noch einmal. Um Auswüchse bei den Mietentwicklungen zu unterbinden, haben wir das Instrument der Mietpreisbremse geschaffen.

Lösen können wir die Probleme des Wohnungsmarktes aber nur, wenn mehr Wohnungen gebaut werden. Experten gehen davon aus, dass in Deutschland in Zukunft jedes Jahr mindestens 150.000 Wohnungen mehr gebaut werden müssten als dies zurzeit der Fall ist.

Deshalb fordert die CSU-Landesgruppe eine Investitionsoffensive für den Wohnungsbau. Den ersten Schritt haben wir schon erreicht: Die Mittel der sozialen Wohnraumförderung werden bis 2019 um 500 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt – das sind insgesamt zwei Milliarden Euro zusätzlich. Nun müssen wir den privaten Wohnungsbau stärken, am besten über eine steuerliche Förderung.



Leitbild bäuerliche Landwirtschaft

Unser Leitbild ist eine bäuerliche Landwirtschaft, die nicht nur heute, sondern auch morgen am Markt bestehen kann. Hierfür brauchen wir stabile und verlässliche Rahmenbedingungen. Auch deshalb sagen wir „Ja“ zu einer fachgerechten Düngung und einem fachgerechten Pflanzenschutz.

Gerade bei Milch und Schweinefleisch sind die Erzeugerpreise massiv zurückgegangen. Hitze, Dürre und damit steigende Futtermittelpreise kommen erschwerend hinzu. Die CSU-Landesgruppe hat unter dem Titel „Für eine bäuerliche Landwirtschaft mit Zukunft“ ein Positionspapier vorgelegt. Darin fordern wir zur Entlastung der Betriebe eine Aufstockung des Bundeszuschusses zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung, eine Stärkung der privaten Risikovorsorge, Steuerstundungen und einen Ausbau des Bürgerschaftsprogramms des Bundes.

Wir stehen auch in der Agrarpolitik für Generationenfreundlichkeit. Deshalb haben wir uns für eine besondere Förderung der Junglandwirte eingesetzt. Wir treten weiterhin für den Erhalt der Hofabgabeklausel in der Alterssicherung ein, werden diese aber an veränderte Arbeits- und Lebensbedingungen auf den Höfen anpassen.

Mehr unter:





Wir bieten... Schutz für Schutzbedürftige

Der größte Flüchtlingsstrom seit dem Zweiten Weltkrieg stellt Bund, Länder und Kommunen vor enorme Herausforderungen. Nötig sind schnelle und umfassende Antworten – von Deutschland, Europa und der Welt.

Die CSU-Landesgruppe setzt sich von Anfang an für eine ausgewogene Flüchtlingspolitik ein, die zwischen denjenigen unterscheidet, die Hilfe benötigen und denjenigen, die aus rein wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen. Wir haben bereits Anfang des Jahres betont, wie wichtig diese Trennung zwischen Schutzbedürftigen und Nichtschutzbedürftigen ist und schnellere Asylverfahren gefordert. Damals wurden wir dafür gescholten – jetzt ist es vorherrschende Meinung.

Ziel muss es sein, dass weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen und mehr abgelehnte Asylbewerber unser Land wieder verlassen.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird deshalb kräftig aufgestockt: Es soll in diesem und im nächsten Jahr mehr als 3.000 zusätzliche Stellen erhalten.



Asylverfahren und Rückführungen beschleunigt

Mit dem Maßnahmenpaket zur Asylgesetzgebung haben wir die Liste der sicheren Herkunftsstaaten erweitert und finanzielle Anreize für einen Verbleib in Deutschland verringert. Zum Beispiel sollen Geldleistungen möglichst wieder durch Sachleistungen ersetzt werden.

Auch die Verfahren zur Abschiebung wurden gestrafft. So wurde der Aufenthalt in den Erstaufnahmeeinrichtungen verlängert, Nicht-Bleibeberechtigte sollen von dort wieder direkt in ihre Heimatstaaten zurückgeschickt werden. Das Gesetzespaket beinhaltet zudem zahlreiche Lockerungen im bau- und umweltrechtlichen Bereich. Weitere Maßnahmen folgen. Mehr denn je ist die Handschrift der CSU-Landesgruppe erkennbar.

Finanziell unterstützt der Bund die Länder künftig mit 670 Euro pro Monat je Asylbewerber. Hinzu kommen 350 Millionen Euro für die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge sowie jährlich 500 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau.

Die Integration der Asylbewerber mit Bleibeperspektive in die Gesellschaft wird die größte Herausforderung für alle Beteiligten. Hier kann der Bundesfreiwilligendienst helfen: Dafür haben wir 10.000 neue Plätze geschaffen. Auch haben wir die Möglichkeit zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen ausgebaut.

Bundesrepublik Deutschland

Passkontrolle

Für die Einreise, den Aufenthalt und
die Ausreise sind erforderlich

- ein gültiger Pass / Passersatz
- gegebenenfalls ein gültiges Visum

Gesamteuropäische Solidarität eingefordert

Wir sehen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger: Unsere Aufnahme- und Integrationsfähigkeit ist begrenzt. Nicht alle Probleme dieser Welt können wir auf deutschem Boden lösen. Die Bewältigung der Flüchtlingsströme ist eine Aufgabe, der sich alle Europäer in globaler Verantwortung stellen müssen. Deutschland war und ist hier als Vorbild vorangegangen, wird aber auch weiterhin die Solidarität der anderen EU-Mitgliedstaaten einfordern.

Unserem Druck ist es zu verdanken, dass sich die Europäische Union jetzt konsequenter der Bewältigung der Flüchtlingskrise widmet. Bei ihrem Treffen im September konnten sich die Staats- und Regierungschefs auf zusätzlich eine Milliarde Euro zur besseren Versorgung der Bürgerkriegsflüchtlinge in der Region einigen.

Außerdem werden in Erstankunftsländern wie Italien und Griechenland sogenannte Hotspots eingerichtet. Dadurch sollen die Flüchtlinge bereits an den EU-Außengrenzen registriert, identifiziert und anschließend verteilt oder rückgeführt werden.

Zudem wurde eine stärkere Kontrolle der EU-Außengrenze und die Verteilung von 160.000 Flüchtlingen in der EU vereinbart. Ebenfalls notwendig sind diplomatische Initiativen zur Beendigung des Bürgerkriegs in Syrien.



Fluchtursachen bekämpfen

Zentral ist die Bekämpfung der Fluchtursachen vor Ort. Mehr als zwölf Milliarden Euro werden wir dafür über die gesamte Legislaturperiode investieren.

Zahlreiche Hilfsprojekte in Krisenregionen und sicheren Anrainerstaaten belegen das deutsche Engagement vor Ort. Jeder Euro, der dort eingesetzt wird, spart ein Vielfaches an Mitteln für die Flüchtlingsbetreuung in Deutschland.

Beim CSU-geführten Entwicklungsministerium wurden drei Sonderinitiativen geschaffen. Ein Infrastrukturprogramm für Flüchtlingsgebiete in Nahost, Westafrika und der Ukraine wird gerade umgesetzt. Die massive Erhöhung der Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit im Bundeshaushalt, die die CSU-Landesgruppe durchsetzen konnte, ist daher ein wichtiges Signal zur richtigen Zeit.

Wer Hilfe braucht, wer vor Krieg oder Verfolgung flieht, kann auch weiterhin auf uns zählen. Wer wie die Schlepper die Not der Menschen jedoch gnadenlos ausnutzt, soll noch härter bestraft werden.

Mehr unter:





Wir stehen für... Solide Finanzen

Solide Finanzen sind die Voraussetzung für ein stetiges Wirtschaftswachstum, hohe Beschäftigung und Generationengerechtigkeit.

Unser Einsatz ist von Erfolg gekrönt: So hat der Bund das Jahr 2014 – und damit ein Jahr früher als geplant – mit einem Haushalt ohne neue Schulden abgeschlossen. Darüber hinaus konnten wir sogar Schulden zusätzlich tilgen.

Das Ziel ausgeglichener Haushalte verlieren wir angesichts der höheren Ausgaben bei der Bewältigung der Flüchtlings- und Asylproblematik nicht aus den Augen. Die Spielräume dafür haben wir uns in den zurückliegenden Jahren erarbeitet, indem wir den Bundeshaushalt konsequent saniert und die hervorragende Wirtschaftsentwicklung unterstützt haben. Wir können an unserem Versprechen festhalten, die Steuern nicht zu erhöhen.

Der CSU-Landesgruppe ist es zudem gelungen, die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten: Wir haben die Kalte Progression beseitigt, den Alleinerziehendenfreibetrag, das Kindergeld und den Kinderfreibetrag erhöht. Zudem haben wir den Grundfreibetrag angehoben. Dadurch werden die Leistungsträger besser gestellt und Familien entlastet. Fünf Milliarden Euro geben wir den Bürgern zurück.



Länder und Kommunen entlastet

Der Bund unterstützt Länder und Kommunen so stark wie nie zuvor. So übernimmt er unter anderem die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die allein im Jahr 2014 zu einer zusätzlichen Entlastung von 1,6 Milliarden Euro geführt hat. Auch der Ausbau der Kleinkindbetreuung wird gefördert. Und dass, obwohl die Zuständigkeit hierfür eigentlich bei den Ländern liegt. Die Förderung läuft seit 2008 und hat mittlerweile 5,4 Milliarden Euro erreicht.

Menschen mit Behinderung wollen wir besser unterstützen. Die sogenannte Eingliederungshilfe soll zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickelt werden. Ab 2018 wird der Bund die Kommunen auch bei dieser Eingliederungshilfe jährlich um fünf Milliarden Euro entlasten. Bereits ab 2015 stellt der Bund eine Milliarde Euro jährlich im Vorgriff auf die Entlastungen zur Verfügung, im Jahr 2017 sind es sogar 2,5 Milliarden Euro.

Der Nahverkehr wird durch sogenannte Regionalisierungsmittel finanziert. Diese werden 2016 auf acht Milliarden Euro erhöht und in den Folgejahren um jeweils 1,8 Prozent steigen. Zudem haben Bund und Länder vereinbart, das Bundesprogramm zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ungekürzt über 2019 hinaus fortzuführen.

Insgesamt entlastet der Bund die Länder und Kommunen allein von 2010 bis 2018 um über 100 Milliarden Euro.



Finanzamt

Steuerpolitik für Wirtschaft und Kommunen

Wir haben die Umsatzsteuer bei der Zusammenarbeit von Kommunen wieder rechtssicher ausgestaltet. Die Kommunen dürfen Leistungen umsatzsteuerfrei nur dort erbringen, wo sie nicht unternehmerisch tätig werden. Die berechtigten Interessen kleiner und mittelständischer Unternehmen haben wir bei der Neuregelung berücksichtigt.

Mit dem Steueränderungsgesetz haben wir außerdem die Möglichkeiten zur Bildung von Liquidität und Eigenkapital kleinerer und mittlerer Betriebe verbessert.

Bei der Neuregelung der Erbschaftsteuer wurden dank unseres Einsatzes bereits Verbesserungen erzielt. So wurde ein Verschonungsabschlagsmodell eingeführt, welches ohne Offenlegung des Privatvermögens auskommt. In den schwierigen Verhandlungen mit der SPD setzen wir uns für weitere Verbesserungen ein.

Dabei stehen für uns eine realitätsgerechte Bewertung der Unternehmen, eine praxisgerechte Berücksichtigung der für Familienunternehmen charakteristischen gesellschaftsvertraglichen Bindungen sowie eine präzise und sachgerechte Definition des begünstigten Vermögens einschließlich einer Investitionsklausel im Vordergrund.



Investitionen in die Zukunft

2016 beginnt die Umsetzung des Investitionsprogramms des Bundes mit zusätzlichen zehn Milliarden Euro bis 2018.

Ein Schwerpunkt des Programms ist die Verkehrsinfrastruktur. Im Vordergrund stehen zudem Investitionen in den Breitbandausbau, in Energieeffizienz, Klimaschutz und die Städtebauförderung. Allein im kommenden Jahr werden die Investitionsausgaben um rund 3,9 Milliarden Euro gegenüber 2015 steigen.

Daneben investieren wir weiter in Bildung und erhöhen die Ausgaben für Bildung und Forschung um über eine Milliarde Euro gegenüber 2015 – auf dann 16 Milliarden Euro im Jahr 2016. Bereits in den vergangenen fünf Jahren haben wir die Ausgaben für Bildung und Forschung um 50 Prozent gesteigert.

Auch die Investitionsfähigkeit der Kommunen, die für 60 Prozent der öffentlichen Investitionen verantwortlich sind, verbessern wir mit zusätzlichen Mitteln von insgesamt fünf Milliarden Euro bis 2018 deutlich.



Solidarität ist keine Einbahnstraße

Nach wechselvollen Verhandlungen mit der griechischen Regierung ist es uns gelungen, ein weiteres Hilfs- und Reformpaket zu vereinbaren. Damit können wir Griechenland dabei helfen, zu einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft und tragfähigen öffentlichen Finanzen zurückzukehren.

Dieses Paket stellt bisher beispiellose Anforderungen an Griechenland – so in Bezug auf umzusetzende Reformen in der Steuerpolitik, auf Arbeits- und Produktmärkten, im Rentensystem, im Bankensektor und zur Schaffung einer modernen öffentlichen Verwaltung. Damit wird die strenge Konditionalität – Hilfeleistungen nur gegen Reformen – weiterhin gewährleistet. Zudem ist mit der Übertragung von Staatsvermögen in einen unabhängigen Privatisierungsfonds ein eigener finanzieller Beitrag Griechenlands vorgesehen.

Vorstößen in Richtung einer Transferunion erteilt die CSU-Landesgruppe auch weiterhin eine Absage. Einer Vergemeinschaftung der europäischen Einlagensicherung, wie von der EU-Kommission angestrebt, stellen wir uns entschlossen entgegen.

Mehr unter:





Wir sind ein... Verlässlicher Partner in der Außen- und Verteidigungspolitik

Die Welt des 21. Jahrhunderts ist unübersichtlich und instabil. Neben altbekannten Gefahren gibt es neuartige Herausforderungen für Deutschland, Europa und die freiheitliche Weltordnung. Die CSU-Landesgruppe hat dafür gesorgt, dass Deutschland sich diesen Herausforderungen stellt. So haben wir zum Beispiel die Erarbeitung eines neuen Weißbuchs zur Sicherheitspolitik angestoßen.

Im Ukraine-Konflikt ist für uns klar, dass die Achtung des Völkerrechts und die territoriale Integrität von Staaten nicht in Frage gestellt werden dürfen. Gleichzeitig brauchen wir ein gutes Verhältnis zu Russland. Eine Verständigung darf aber nicht um den Preis erfolgen, wesentliche Werte aufzugeben. Diese Leitlinien haben unsere Politik bestimmt.

Wir sind konsequent für Einigkeit in EU und NATO eingetreten – etwa in der Frage der Sanktionen gegenüber Russland. Mit eigener militärischer Stärke erhöhen wir zugleich die Erfolgchancen der Diplomatie. Die intensiven Vermittlungsbemühungen, die zum Abschluss der Minsker Vereinbarungen geführt haben, haben wir immer unterstützt.



Verteidigungsetat deutlich erhöht

Vor dem Hintergrund der internationalen Sicherheitslage braucht Deutschland eine moderne und leistungsfähige Armee. Die CSU-Landesgruppe hat erreicht, dass der Verteidigungsetat jetzt und in Zukunft deutlich erhöht wird. Das ist eine Trendwende: Nur eine langfristig verlässliche Finanzausstattung der Bundeswehr auf hohem Niveau garantiert die nötigen Investitionen und die Attraktivität für hochqualifiziertes Personal.

Für uns stehen die Soldatinnen und Soldaten im Mittelpunkt: Die Fürsorgepflicht gebietet es, ihnen das bestmögliche Material zur Verfügung zu stellen. So haben wir erreicht, dass kürzlich die Entwicklung und Beschaffung einer europäischen Drohne beschlossen wurde.

Die Entscheidung, das Luftabwehrsystem MEADS serienreif zu machen, ist ein wichtiges Signal. Wir haben uns dafür eingesetzt, weil es die deutsche Sicherheit erhöhen und dabei Know-How und Arbeitsplätze sichern wird.

Auch die von uns geforderte Stärkung und Bündelung der Aktivitäten im Bereich Cyber-Defense wird in Angriff genommen.



Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik Hand in Hand

Als Handelsnation bleibt Deutschland auf offene See-
wege, eine freiheitliche Weltordnung und die Geltung
des Völkerrechts angewiesen.

Diese Ziele standen bei den von uns mitbeschlossenen
Auslandseinsätzen der Bundeswehr stets im Mittel-
punkt: So tragen wir zum Beispiel mit der Ausrüstung
und Ausbildung der kurdischen Peschmerga, die im
Norderirak gegen den „Islamischen Staat“ (IS) kämpfen,
entscheidend dazu bei, den Vormarsch der Terrormil-
liz aufzuhalten. Diese „Hilfe zur Selbsthilfe“ für örtliche
Kräfte bestimmt unsere Politik auch bei anderen Ein-
sätzen.

Die CSU-Landesgruppe hat dafür gesorgt, dass der so-
genannte „vernetzte Ansatz“ Berücksichtigung findet: Bei
Planung und Durchführung der Einsätze gehen Außen-,
Sicherheits- und Entwicklungspolitik Hand in Hand. Die
militärischen Operationen sind nur Teil eines Gesamtan-
satzes, der durch Projekte der humanitären Hilfe und der
Entwicklungszusammenarbeit vervollständigt wird.

Durch unsere Politik ist Deutschland
ein verlässlicher Partner in der Außen-
und Verteidigungspolitik.



Mehr unter:



Wir kümmern uns um eine... Generationenfreundliche Politik

Wir haben alle Generationen im Blick. Eine familien- und seniorengerechte Politik ist für uns ebenso wichtig wie der Generationenzusammenhalt.

Das Betreuungsgeld zum Beispiel ist und bleibt richtig – inhaltlich hat es das Bundesverfassungsgericht nicht in Frage gestellt. Bayern kann daher ein Landesbetreuungsgeld mit Mitteln des Bundes fortführen.

Des Weiteren haben wir im vergangenen Jahr die Mütterrente eingeführt. Diese Anerkennung der Erziehungsleistung von etwa zehn Millionen Müttern war ein Kernanliegen der CSU-Landesgruppe in dieser Legislaturperiode.

Trotz Einführung der Mütterrente konnte der Rentenbeitragssatz 2015 auf 18,7 Prozent abgesenkt werden. Bei der abschlagfreien Rente ab 63 ist es unserem Engagement zu verdanken, dass freiwillige Beiträge gegenüber Zeiten der Arbeitslosigkeit nicht schlechter gestellt werden. Auch wurde die Beschäftigung im Rentenalter erleichtert. Arbeitgeber und Arbeitnehmer können nun einvernehmlich das Arbeitsverhältnis fortsetzen.

Auf dem Arbeitsmarkt haben wir wichtige Erfolge zu verbuchen: In Deutschland sind derzeit mit 2,7 Millionen so wenige Menschen arbeitslos wie seit August 1991 nicht mehr.



Pflege deutlich verbessert

Derzeit gibt es in Deutschland etwa 2,56 Millionen Pflegebedürftige. Aufgrund des demografischen Wandels wird diese Zahl zunehmen. Uns ist der Bereich Pflege daher ein zentrales Anliegen.

Deshalb geben wir 2,4 Milliarden Euro mehr für pflegebedürftige Menschen in unserem Land aus. Die Pflegeleistungen steigen ab diesem Jahr um vier Prozent und die Zuschüsse für den Umbau von Wohnungen wurden erhöht. Auch steht Betroffenen in Pflegeeinrichtungen künftig mehr Personal zur Verfügung.

Durch den neu eingeführten Pflegevorsorgefonds haben wir für die geburtenstarken Jahrgänge eine nachhaltige Finanzierungsbasis geschaffen. Zudem stärken und flexibilisieren wir die häusliche Pflege – mit zahlreichen Verbesserungen in der Kurzzeit- und Verhinderungspflege. Das entlastet vor allem Angehörige.

Mit dem neuen Pflegestärkungsgesetz II greift die Unterstützung durch die Pflegeversicherung deutlich früher. Bis zu einer halben Million Menschen mehr erhalten durch die Einführung eines neuen Pflegegrades Leistungen aus der Pflegeversicherung. Vor allem Patienten mit Demenzerkrankung können jetzt frühzeitig unterstützt werden.



Zukunftsfeste Versorgung in Krankenhäusern

Das Krankenhaus der Zukunft muss gut, schnell erreichbar und sicher sein. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, nach dem neuesten medizinischen Stand und in bester Qualität behandelt zu werden. Deshalb haben wir mit Erfolg darauf gedrungen, die Krankenhäuser bei der ambulanten Notfallversorgung stärker finanziell zu entlasten. Wir stellen als Sofortmaßnahme 660 Millionen Euro für mehr als 6.300 neue Pflegestellen in den Krankenhäusern zur Verfügung.

Ferner wird mit dem Krankenhausstrukturgesetz der Versorgungszuschlag ab 2017 durch einen Pflegezuschlag ersetzt – in Höhe von 500 Millionen Euro pro Jahr. Dieser Zuschlag bietet einen Anreiz, in das Pflegepersonal im Krankenhaus zu investieren und erleichtert den Krankenhäusern, dauerhaft Pflegekräfte zu beschäftigen.

Qualität wird künftig ein zentrales Kriterium in den Haushaltsplanungen der Krankenhäuser spielen. Denn Qualitätsaspekte schlagen sich in der Vergütung nieder. Patienten erhalten außerdem mehr Leistungen – vor allem in der Phase direkt nach einem Krankenhausaufenthalt. Damit werden Versorgungslücken geschlossen. Im Sinne der Patienten sind auch die von uns auf den Weg gebrachten Verbesserungen im Bereich des Infektionsschutzes und der Krankenhaushygiene.



Sozialversicherung insgesamt gestärkt

Wir haben den allgemeinen Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung von 15,5 auf 14,6 Prozent gesenkt. Die Krankenkassen haben mehr Beitragsautonomie erhalten: Kassen, die zusätzliche Mittel benötigen, können einen prozentualen Zusatzbeitrag erheben. Gleichzeitig wurde ein Sonderkündigungsrecht für Versicherte bei Erhebung oder Erhöhung von Zusatzbeiträgen festgelegt. Damit haben wir die Wahlfreiheit der Versicherten und den Wettbewerb unter den Krankenkassen erhöht.

Wir haben den Hausarztberuf deutlich attraktiver gemacht, um die Hausarztversorgung im ländlichen Raum sicherzustellen. Dazu gehört nicht nur die Aufhebung der Honorardeckelung bei Hausarztverträgen, sondern auch die Förderung von 7.500 Weiterbildungsstellen in der Allgemeinmedizin und bis zu 1.000 Weiterbildungsstellen bei grundversorgenden Fachärzten.

Trotz steigender Ausgaben konnte die gesamte Sozialversicherung im Jahr 2014 einen Überschuss von drei Milliarden Euro erwirtschaften.

Mehr unter:





Wir haben die ... Energiewende im Blick

Mit der EEG-Novelle wurde 2014 der notwendige Rahmen geschaffen, um den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromversorgung bis 2035 deutlich zu steigern und die Erneuerbaren Energien weiter in den Strommarkt zu integrieren.

Dabei konnte die CSU-Landesgruppe wichtige Forderungen durchsetzen, beispielsweise eine Stärkung des Bestandsschutzes bei Biomasse und Geothermie sowie eine bessere Förderung der Wasserkraft.

Vereinbart wurde zudem, die finanzielle Förderung der Erneuerbaren Energien spätestens ab 2017 wettbewerblich über technologiespezifische Ausschreibungen zu ermitteln. Um Erfahrungen damit zu sammeln, wurde die Förderung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen als Pilotmodell bereits auf ein Ausschreibungssystem umgestellt.

Mit dem zweiten EEG-Änderungsgesetz in diesem Jahr haben wir dafür gesorgt, dass Schmieden und Härtereien in die „Besondere Ausgleichsregelung“ aufgenommen werden. Sie können künftig von Entlastungen bei der EEG-Umlage profitieren.



Energiewende bürgerfreundlich umgesetzt

Wir konnten erreichen, dass die Energiewende bürgerfreundlich umgesetzt und die Versorgungssicherheit in Bayern gewährleistet wird.

So wird der Erdverkabelung im Gleichstrombereich Vorrang eingeräumt, Unterfranken wird nicht zum Trassendrehkreuz. Im Vergleich zu früheren Planungen wurden die notwendigen neuen Leitungskilometer um fast 95 Prozent reduziert. Bayern erhält zudem neue Gaskraftwerke. Daneben stellen wir den Fortbetrieb des hochmodernen Gaskraftwerks in Irsching sicher. Mit den hierfür notwendigen Gesetzen und Gesetzesänderungen befassen wir uns derzeit intensiv.

Auch die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung hat für uns weiterhin höchste Priorität. Und dass, ohne den wichtigen Handwerkerbonus zu opfern. Denn durch die steuerliche Absetzung der Handwerkerleistungen werden Arbeitsplätze vor Ort gesichert und gerade auch Mieter entlastet. Die energetische Gebäudesanierung ist eine der schnellsten, preiswertesten und wirkungsvollsten Maßnahmen zum Klimaschutz. Sie hilft dem Klima und ist gut für Handwerk und Mittelstand.

Mehr unter:



Impressum

Herausgeber

CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag
Max Straubinger MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

V.i.S.d.P.

Dr. Anne Deter

Redaktion

Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns

Layout

Christiane Bruns

Druck

Dimetria-VdK gGmbH, Straubing
Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier

Bildnachweise

S. 1 Deutscher Bundestag/Katrin Neuhauser; S. 2 Henning Schacht; S. 4 Deutscher Bundestag/Thomas Trutschel/photothek.net; S. 6 picture alliance (pa)/Armin Weigel; S. 8 pa/blickwinkel/McPhoto; S. 10 pa/dpa/dpaweb; S. 12 pa/ZB; S. 14 pa/JOKER; S. 16 pa/dpa; S. 18 pa/dpa; S. 20 pa/dpa; S. 22 pa/ZB; S. 24 pa/dpa; S. 26 pa/chromorange; S. 28 pa/ZB; S. 30 pa/chromorange; S. 32 pa/Cultura/Image Source; S. 34 pa/Robert Geiss; S. 36 pa/dpa; S. 38 pa/dpa; S. 40 Bundeswehr/Piz Kunduz; S. 42 pa/Westend61; S. 44 pa/dpa-Zentralbild; S. 46 pa/dpa; S. 48 pa/Image Source; S. 50 pa/dpa; S. 52 pa/chromorange

Die Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Stand

Oktober 2015

Die Textbeiträge werden unter den Bedingungen einer Creative Commons Licence veröffentlicht.

Sie dürfen das Textwerk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen:

Keine kommerzielle Nutzung

Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Keine Bearbeitung

Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kontakt

CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
T 030 227-51999
csu-landesgruppe@cducsu.de

www.csu-landesgruppe.de

